Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Roter Morgen

Dezember 1967 1. Jahrgang Preis 20 Pfg.

Marxistisch-leninistische Monatszeitschrift

POLIZEIKNÜPPEL GEGEN ANTIFASCHISTEN

Nicht nur für Schah und Springer schwingen Westdeutschlands Polizisten den Gummiknüppel - auch die NPD gedeiht unter den Fittichen unseres Polizeistaates!

Ein gigantisches Polizeiaufgebot schützte den Parteitag der NPD:

"Mit Krawallen und Demonstrationen rechnet die Polizei anläßlich des heute beginnenden Bundesparteitages der NPD. Die Hüter der Ordnung haben Verstärkung herangezogen und drei Hauptquartiere in verschiedenen Stadtteilen eingerichtet, um von dort aus die Hundertschaften der Bereitschaftspolizei dirigieren zu können." (HAMBURGER ABENDBLATT, 10. November).

"Hannovers Polizisten, 1500 Mann, standen gestern abend in Bereitschaft. Sie führten Wasserwerfer, Hunde und Drahtrollen bei sich, um für Krawalle gerüstet zu sein." (BILD, 11. November).

In Ulm kam es am 15. November während einer NPD-Veranstaltung zu lauten Protesten. Polizeitrupps besetzten daraufhin die Halle und knüppelten die NPD-Gegner nieder. Faschistenhäuptling Thadden jedenfalls war vollauf zufrieden: Die Polizei habe "sehr nachdrücklich durchgegriffen," als die "Randalierer die Bühne stürmen wollten" (NPD-Organ "Deutsche Nachrichten", 1. Dezember).

In Frankfurt wurde am 24. November die von der ANTIFASCHISTISCHEN AKTION geplante Protestkundgebung gegen eine Veranstaltung der NPD kurzfristig verboten - wegen "möglicher Gefährdung von Sicherheit und Ordnung". Dennoch fanden sich etwa 800 Bürger zu einer "illegalen Demonstration" ein. Zwei Hundertschaften der Polizei, zum Teil zu Pferde und von Wasserwerfern unterstützt, attackierten die NPD-Gegner. "Dabei kam es zu Auseinandersetzungen, in deren Verlauf auch Nichtdemonstranten ramponiert wurden." (Frankfurter Rundschau, 26. November).

Schließlich gelang es der Polizei, den Faschisten den Zugang zum Versammlungsgebäude freizudreschen. Am Eingarg kontrollierten uniformierte Polizisten die Eintrittskarten (Frankfurter Rundschau, 30. November) und machten sich auch sonst nützlich: "Mehr als 20 junge Leute wurden auf Anordnung des Redners von Saalhütern aus dem Saal gebracht und der Polizei übergeben" (HAMBURGER ABENDBLATT, 25. November).

Über 2000 Duisburger protestierten am 26. November vor der Mercator-Halle gegen eine Kundgebung der NPD. Mehrere Hundertschaften der Polizei waren im Einsatz, um den Faschisten den Eingang freizuhalten. "Die Polizei konnte das Durchbrechen ihrer Absperrungen nur mit Mühe verhindern." (Frankfurter Rundschau, 28. November).

Faschistenhäuptling Thadden möchte die Zusammenarbeit noch ausbauen: Halten wir zusammen, schließlich sind wir doch alle reaktionär! - ruft er dem Establishment zu. Thadden schlägt daher die "Gründung einer überparteilichen Schutzgemeinschaft gegen den Meinungsterror" vor, gegen die "linksradikale Minderheit, die heute die letzten Reste wirklicher Autorität zu zerstören trachtet." "Möglicherweise", so meinte von Thadden, "ließen sich für diese Sache auch Männer wie der Regierende Bürgermeister von Berlin, Schütz, oder Professor Carlo Schmidt gewinnen, die ... gerade in jüngster Zeit ihre besonderen Erfahrungen mit Studentengruppen gemacht hätten ..." ("Deutsche Nachrichten", 1. Dezember).

Die "roten Fahnen" der Arbeiter "an der Ruhr", die "Revolte" der Studenten, haben die reaktionäre Staatsmacht erschüttert. In der NPD sieht die herrschende Klasse heute bereits einen Verbündeten. Wann werden wir sie wieder in gleichem Schritt und Tritt marschieren sehen.

EIN GUTER ANFANG

Unsere Aktion, in der wir einmalig eine größere Anzahl der November-Ausgabe des ROTEN MORGEN versandten, wurde ein voller Erfolg. Ein Erfolg, der uns zeigt, daß es auch in der Bundesrepublik zahlreiche aufrechte Marxisten-Leninisten gibt, die es entschieden ablehnen, dem Kurs einer Handvoll revisionistischer Führer zu folgen, die bereit sind, für das Erreichen des Zieles eines einigen, freien und sozialistischen Deutschlands Opfer auf sich zu nehmen und sich vor Verfolgung und Diffamierung nicht fürchten. Innerhalb weniger Wochen hat sich die verkaufte Auflage des ROTEN MORGEN vervielfacht. Täglich gehen Bestellungen ein. Durch spontane Telefonanrufe und in Schreiben drückten viele Genossen und Freunde ihre Genugtuung über den von uns vollzogenen Schritt aus. Hier einige Stimmen:

Ein Genosse aus Hamburg-Altona: "Meine Freude treibt mich, Dir mitzuteilen, was mich bewegte, als ich den ersten ROTEN MORGEN erhielt. Endlich, endlich habe ich ausgerufen, nach all den Jahren des Schweigens. Natürlich habe ich hier und da ideologische Diskussionen geführt, bin aber immer verhöhnt und verlacht worden. Nun habe ich Deine zweite Schrift erhalten. Ich bin begeistert. All' meine Kraft werde ich einsetzen, um mitzuhelfen, Klarheit zu schaffen und viele wieder auf den richtigen Kurs zu bringen, den unser großer Marx und Lenin steuerten."

+

Ein Freund aus Hamburg 61: "Mit heutiger Post erhielt ich die November-Ausgabe des ROTEN MORGEN und Ihr Begleitschreiben, Ich muß ehrlich sagen, ich war zunächst erstaunt, einen Brief mit Ihrem Absender zu erhalten. Aber das Erstaunen wandelte sich in Freude, als ich merkte, worum es sich handelte. Ich wußte bisher nicht, daß es in Deutschland eine marxistisch-leninistische Zeitschrift gibt; noch weniger, daß gerade Sie sich zum wahren Marxismus-Leninismus bekennen".

+

Eine Genossin aus Hamburg 94: "Ihre Einstellung zu der chinesischen Politik ist auch meine Ansicht. Ich danke deshalb für die Monatszeitschrift ROTER MORGEN und werde ab Dezember eine Spende an Sie überweisen."

+

Ein Arzt, Hamburg 94: "Es ist für mich sehr interessant, daß Sie den von uns verehrten Mao auf Ihren Schild heben. Seit Jahren liegt bei uns im Wartezimmer die Zeitschrift "China im Bild" aus, mit sehr eindrucksvollen Illustrationen und Artikeln - auch über den Freiheitskampf in Vietnam."

Der Arzt überwies dem Konto des ROTEN MORGEN 50,-- DM. Aber auch Arbeiter überwiesen außer ihren Abonnementsgebühren von 5,-- DM Beträge von 1,--, 2,-- bis zu 20,-- DM. <u>Allen an dieser Stelle herzlichen Dank.</u> Die Herausgabe der Zeitschrift in der jetzigen Form für das nächste Jahr ist gesichert. Doch nicht nur aus Hamburg, auch aus anderen Teilen der Bundesrepublik erreichten uns viele Zuschriften:

+

Ein Leser aus Hildesheim: "Ihre Artikel sind mir aus dem Herzen gesprochen. Sie haben nur zu recht. Ab sofort bestelle ich Ihre Zeitschrift. Hoffentlich bringen Sie die Monatszeitschrift bald als Wochenzeitung heraus."

(Das wünschen wir auch. Es hängt aber im wesentlichen davon ab, wie schnell es uns gelingt, die Zahl der Bezieher noch zu erhöhen).

+

Ein Genosse aus Mannheim: "Bei meinen politischen Freunden las ich dieser Tage eine Ausgabe des ROTEN MORGEN, und der Inhalt hat mir gefallen. Für den Anfang würde ich 25 Exemplare abnehmen, um sie hier im süddeutschen Raum zu vertreiben."

+

Ein Freund aus Breitscheid: "Ihre Freunde und Sie haben begonnen, eine Lücke auszufüllen. In beiden Teilen Deutschlands gibt es genügend Menschen, die genau wie in vielen Ländern der ganzen Welt, voller Sorge und Abscheu beobachten, wohin die augenblicklichen Führer in Moskau das sowjetische Volk führen und welchen unheilvollen Einfluß sie auf Marxisten der ganzen Welt ausüben. Jetzt gilt es, mit Hilfe Ihrer Freunde und Ihrer Hilfe, diese Sorge und Abscheu zu artikulieren und auf den rechten Weg, den Weg vorwärts zu weisen."

+

Aus Münster, Westfalen: "Wir, eine kleine Gruppe revolutionärer m.l. Studenten, hörten gerüchteweise, daß auch Du Dich nach gewiß ebenfalls vielen seelischen Kämpfen und Überlegungen von den Revisionisten abgewandt hast und im Lager der M.L. stehst und jetzt sogar eine kleine Zeitung herausgibst. Wir gratulieren Dir

herzlich zu diesem Schritt."

+

Eine Gruppe Genossen aus dem Siegener Land: "Wir freuen uns über Deinen Schritt und beglückwünschen Dich dazu. Wir waren keine Minute im Zweifel, daß es bei uns noch sehr viele ehrliche Genossen gibt, und daß der Verrat der revisionistischen Führer der KPD nicht auf die Zustimmung großer Teile der Genossen bauen kann Deine Erklärung hat uns dies bestätigt."

+

Und zum Schluß noch eine Zuschrift aus Frankfurt: "Mit einigem Vergnügen entnahm ich gerade der Ausgabe Nr. 46 vom 16.11. 67 des BLINKFUER, daß Ihre Ansicht zur Kulturrevolution in China offenbar beträchtlich von der abweicht, die das BLINKFUER zur Zeit bedauerlicherweise vertritt, ja, daß Sie sogar versucht hätten, aus BLINKFUER ein Blatt der Kulturrevolution zu machen. Da ich persönlich diesen Versuch nur lobenswert finden kann, möchte ich Sie sehr darum bitten, mir das von Ihnen in der vergangenen Woche versandte 'Druckerzeugnis' zuzusenden."

Die andere Seite

Und damit wären wir schon bei der anderen Seite, der negativen, die jedoch im Verhältnis zur positiven wie eins zu fünfundzwanzig steht. Natürlich konnte BLINKFUER nicht umhin, "In eigener Sache" Stellung zu nehmen. Was man dann auch mit um sämtliche Ecken kreuzender Logik tat. Wieso ich einerseits BLINKFUER zu einem Blatt der Kulturrevolution machen wollte, andererseits aber auch einen Artikel gegen "bestimmte Ereignisse" in der Volksrepublik China geschrieben haben soll, ist wohl nur der höheren Einsicht der Herren im BLINKFUER verständlich. Wobei letzteres natürlich eine freche Lüge ist. Es gibt keinen Artikel zu diesem Problem aus meiner Feder. Dagegen gibt es einen Artikel, in dem ein gewisser HB sich nicht entblödet, zwecks Verleumdung der Volksrepublik China die Nationalzeitung des Herrn Frey zu zitieren.

Aber was soll man mit Leuten streiten, die wider besseren Wissens die Unwahrheit sagen. Um Karriere zu machen, den Posten zu halten, sind sie bereit, alle Prinzipien über Bord zu werfen. Wenn der "Große Bruder" befiehlt, in der DDR werden Offenställe gebaut, tun sie's, egal ob die Kühe erfrieren. Wenn Chruschtschow die "Wurst am Stengel" verherrlicht, wird in Mecklenburg Mais angebaut, obwohl Zuckerrüben dort besser gedeihen. Wenn die Revisionisten in Moskau befehlen -

---

"Die Sowjetunion war der erste sozialistische Staat, und die KPdSU wurde von Lenin gegründet. Obwohl nun die Führung in der sowjetischen Partei und im Staat von den Revisionisten usurpiert wurde, möchte ich allen Genossen raten, an der Überzeugung festzuhalten, daß die breiten sowjetischen Volksmassen, die breite Masse der sowjetischen Parteimitglieder und der Funktionäre gut sind, daß sie für die Revolution sind, und daß die revisionistische Herrschaft nicht lange dauern wird."

Mao Tse-tung

---

und sie tun es bereits - Profit machen sei eine gute Sache und in Wirklichkeit sei der Kapitalismus der Sozialismus, auch diese Kurve würden sie kriegen.

Wohlgemerkt, ich meine hier nicht jene tausende Genossen, die ehrlichen Herzens die Prinzipien des Marxismus-Leninismus verwirklichen, den Sozialismus errichten wollen, bereit sind, dafür Opfer zu bringen und nur nicht erkennen, wie sehr sie von den modernen Revisionisten verraten und hinters Licht geführt werden. Ich meine auch nicht die Funktionäre auf unterer und mittlerer Ebene, von denen ich weiß, wie schwer sie mit sich ringen und nur einer falsch verstandenen Disziplin wegen die notwendig gewordene Trennung zwischen Marxisten-Leninisten einerseits und den modernen Revisionisten andererseits nicht vollziehen. Ich meine nur jene Handvoll, die, obwohl sie es auf Grund ihrer Schulung besser wissen müßten, aus egoistischem Interesse die Straße des Verrats, der Spaltung beschritten.

Insofern trifft es mich auch nicht, wenn ein Herr Sukowski im BLINKFÜER schreibt: Er sei entrüstet über meinen Schritt, ich habe doch früher "immer äußerst wohlwollend von Land und Leuten in der UdSSR gesprochen ... Und nun dies." Ich spreche auch heute noch äußerst wohlwollend über dies Land und seine guten, tapferen Menschen, die mit einem Riesenelan ihre Heimat den Fesseln des Kapitalismus entrissen und in historisch kurzer Zeit mit gewaltiger Kraft den Sozialismus aufbauten und die Sowjetunion zur zweiten Industrienation der Welt machten. Um so schändlicher ist der Verrat der modernen Revisionisten, die dem großen sowjetischen Volk jetzt die Früchte seines Sieges und seiner Arbeit entreißen. Doch ich bin sicher, daß dieses Volk sie über kurz oder lang entmachten und zum Teufel jagen wird!

Ernst Aust

EIN HERZ UND EINE SEELE

Die als Monstre-Show von der sowjetisch-revisionistischen Führung sorgfältig vorbereiteten sogenannten "Feiern" zum 50. Jahrestag der Oktoberrevolution sind vorüber. Man verteilte Medaillen und Preise, schwang Reden und sparte nicht mit Geld, um sich ins beste Licht zu setzen. Man toastete dem Renegaten Tito und dem USA-Botschafter in Moskau, L. Thomson zu, begrüßte den Glückwunsch Lyndon B. Johnsons und geriet außer sich vor Freude, als US-Staatssekretär Dean Rusk persönlich der sowjetischen Botschaft in Washington "zur Feier des 50. Jahrestages der Oktoberrevolution" die Ehre gab. Ein Botschaftsmitglied war derart gerührt, daß es vor versammelter Mannschaft ausrief: "Wie schön ist es doch, daß wir heute abend den Staatssekretär (der USA) bei uns haben." Ein Herz und eine Seele mit den Mördern des vietnamesischen Volkes.

Wieso, könnte man sagen, der sowjetische Minister für Landesverteidigung hat am 7. November anläßlich der Parade auf dem Roten Platz doch auch die USA wegen ihres Eingreifens in Vietnam angegriffen. Hat er. Aber warum wohl erhob US-Botschafter Thomson, der anwesend war, sich nicht von seinem Platz, um die Tribüne zu verlassen? Ganz einfach, weil er weiß, daß zwischen den Worten der sowjetischen Revisionisten und ihren Taten ein beträchtlicher Unterschied besteht, weil er die wahren Absichten dieser Herren kennt..

Höhepunkt der Show war wohl die Rede Breshnews am 3. November, bei der er in 4 1/2 Stunden noch einmal den ganzen revisionistischen Rummel des "friedlichen Übergangs", des "friedlichen Wettbewerbs" und "den Staat des ganzen Volkes" verkaufte und es fertig brachte, in der ganzen Zeit den Namen des Mannes, der entscheidend zum Aufbau der Sowjetunion beigetragen hat, des großen Marxisten-Leninisten, Josef W. Stalin, mit keinem Wort zu erwähnen, so daß bei uns bürgerliche Zeitungen wie "Christ und Welt" erleichtert aufatmeten: "Stalin nicht rehabilitiert." Allerdings brachte er es in seinem "Bericht" auch nicht fertig, den "berühmten" Namen des Apostels des sowjetischen Revisionismus, Chruschtschow, zu erwähnen, als ob dieser sattsam bekannte Clown in der ganzen politischen Geschichte der Sowjetunion überhaupt nicht existiert hätte. Ihre Schizophrenie, ihr politisches Spaltungsirresein ist wahrhaft unübertroffen.

Jetzt sind die Feiern vorüber und man beginnt einen neuen Anlauf zu nehmen, um nun endlich, nach vielen vergeblichen Versuchen, eine Spalterkonferenz größeren Stils zustande zu bringen. Da es ihnen bisher auf der Basis der Ankündigung einer "Verurteilung" der Politik der Volksrepublik Chinas und Albaniens nicht möglich war, genügend Anhänger zu finden, versuchen sie es nun mit einem neuen Trick. Die "Prawda" beteuert, weder auf dem geplanten Konsultativtreffen im Februar 1968 in Budapest, noch auf einer später folgenden Gipfelkonferenz solle irgend jemand "exkommuniziert" werden, es ginge einzig und allein um die Festigung der Einheit aller antiimperialistischen Kräfte.

Der Trick ist zu durchsichtig, als daß man ihn nicht zu durchschauen vermöchte. Den Sowjetrevisionisten geht es bei dieser Konferenz einzig darum, beim Verrat an der Sache des Kommunismus den letzten Schritt zu tun. Das Ziel, das erreicht werden soll, ist immer noch dasselbe. Sie beabsichtigen, die "Verurteilung" Chinas und Albaniens zu verkünden, die internationale revisionistische Front im Kampf gegen den Marxismus-Leninismus und die Revolution zu vereinigen, mit Unterstützung eines "internationalen kommunistischen Forums" ihre pro-imperialistischen, verräterischen Machenschaften in der Vergangenheit und ihre künftigen zu legalisieren, die Widersprüche zwischen den revisionistischen Fraktionen zum Verschwinden zu bringen und ihren schwankenden Thron im zerfallenen revisionistischen Lager wieder zu festigen. Es wird ihnen alles nichts nützen.

So, wie der Sieg in der Oktoberrevolution und der danach einsetzende kraftvolle revolutionäre Aufschwung überall in der Welt, nur auf Grund des entschlossenen Kampfes der von Lenin geführten proletarischen Revolutionäre gegen die verräterische sozialdemokratische Partei und den Opportunismus errungen werden konnte, kann es heute keine neue revolutionäre Kraft geben und kann man in der Weltrevolution nicht siegen, wenn man nicht unversöhnlich gegen den Verrat der modernen Revisionisten kämpft, an deren Spitze die sowjetische Führungs-Clique steht.

ttt

WAHLSCHLAGER. US-Boss Johnson möchte sich im Frühjahr mit Breshnew treffen. Von solch einer spektakulären Zusammenkunft erhofft er sich, angesichts der im nächsten Jahre bevorstehenden Präsidentenwahlen, einen ähnlichen Prestigeerfolg wie nach seinem Glassboro-Gespräch mit Kossygin im letzten Sommer.

KLASSENJUSTIZ

Nur wer sich noch Illusionen machte über die Herrschaftsform des Staates, in dem wir leben, konnte erstaunt, schockiert, befremdet oder empört sein über den Freispruch des Studentenkillers Kriminalobermeister Kurras vor dem Westberliner Landgericht. Auch wir sind empört. Doch Empörung allein nützt gar nichts, wenn sie nicht umschlägt in den absoluten Willen, die Macht jener zu brechen, die hier brutal die Herrschaft ihrer Klasse vollziehen.

Die Vorgänge sind bekannt: 2. Juni 1967. Der Schah in Westberlin. Westberliner Bürger, vorwiegend Studenten, demonstrieren gegen den Besuch des Potentaten. Die Polizei probt den Notstand. Knüppel frei, auf sie! Szenen erschreckender Brutalität. Der Geist von Auschwitz, Maidaneck, Treblinka erwacht. Augenzeugin Erika Hörning, Soziologiestudentin, vor Gericht:

"Ich sah, wie Benno Ohnesorg vor den ihn verfolgenden Polizisten flüchten wollte. Doch ein Beamter holte ihn ein. Er schlug ihn von hinten mit einem Gummiknüppel auf den Kopf. Der Student schien zu taumeln. Dann kamen weitere Beamte hinzu. Es waren zwei oder drei, die sofort auf ihn einknüppelten. Plötzlich ein peitschender Knall. Ich dachte zunächst an einen Feuerwerkskörper. Ohnesorg sank langsam in sich zusammen, wie eine Spirale."

Doch selbst den Sterbenden schonten sie nicht. Wahllos, voll tierischem Haß hieben sie auf ihn ein und ließen erst ab, als Erika Hörning sie anschrie: "Schlagen sie doch nicht mehr!"

Wie sagte der Westberliner Polizeireservist Horst Wodke, der auf Grund der Ereignisse des 2. Juni seine Entlassung aus dem Polizeidienst verlangte, als Begründung: "Wir lernten in der Ausbildung den gesetzlich zulässigen passiven Widerstand zu brechen. Wir sollten auf den Demonstranten zugehen und rufen: 'Was, du Schwein, du willst mich schlagen?', und dann den Betreffenden mit dem Knüppel 'eine drüberziehen'. Nachher, so erklärte uns der Ausbilder, könne sowieso niemand mehr etwas feststellen. Das Ding wäre prima gelaufen."

Und wer will sagen, daß das 'Ding' um Benno Ohnesorg im Sinne der Westberliner Polizei und Justiz nicht prima gelaufen ist? Nicht Totschlages, geschweige denn Mordes, sondern lediglich fahrlässiger Tötung wegen klagte man Kurras an. Schon das ließ erkennen, worauf man hinaus wollte. Die Tötung Ohnesorgs sei zwar eindeutig rechtswidrig, und eine Notwehrsituation sei "sicher auszuschließen", sagte das Gericht und sprach ihn dennoch frei.

Dieser Freispruch ist nicht mehr und nicht weniger als eine nachträgliche Legitimation für die Erschießung von legal Demonstrierenden bei von der Polizei inszenierten Schlägereien. Für einzelne Polizisten heißt das im Hinblick auf ähnliche Anlässe: Knallt nur munter drauf los, euch wird schon nichts passieren, die Justiz hält schützend die Hand über euch.

Oberstaatsanwalt Kuntze beim Westberliner Landgericht formulierte es so: Wenn Berliner Bürger androhten, Studenten "Knüppel um die Ohren" zu schlagen, so ist es deren "verfassungsmässig verbrieftes Recht". Wenn dies schon für den einfachen Bürger gilt, um wieviel mehr gilt es für die Polizei. Die Parallele zur Zeit vor 1933 ist überdeutlich. Damals wie heute eine politische Justiz blindlings handelnd im Auftrag der präfaschistischen Monopolbourgeoisie. Seltene Ausnahmen bestätigen die Regel.

"Notstand" am Werkstor

"Liegt Ihnen eigentlich daran, daß betrunkene Ausländer das Werksgelände besetzt halten?" - wollte die Direktion der Hanauer Dunlop-Werke in einem Rundschreiben an die Belegschaft wissen. "Der Mob hat in Hanau die Herrschaft ergriffen" und "... Mittelmeerstrolche!", erklärte die Direktion, als Busse mit Streikbrechern am Werkstor von der Belegschaft gestoppt worden waren. "Wenn ein echter Notstand ausbricht, dann versagt die Demokratie in Hessen" und "... die für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zuständigen Behörden haben vollständig versagt", erklärte Direktor Schneider auf einer Pressekonferenz der Firmenleitung, nachdem Hanaus Bürgermeister Dröse es aus Furcht vor einer "weiteren Radikalisierung der Streikenden" abgelehnt hatte, die Streikbrecher unter Polizeischutz ins Werk schleusen zu lassen. "Mehr Schutz für Arbeitswillige" forderte ein Antrag der Landtagsfraktionen von CDU und NPD.

Die Pöbeleien der hessischen Reaktionäre haben eines erreicht: Die Arbeiter sehen jetzt noch klarer, was der Unternehmer mit "Demokratie" meint - und was er für "Notstand" und "Herrschaft des Mobs" hält.
Das ist eine Lektion, für die wir dankbar sind!!!

Solange die Sowjetunion den Sozialismus aufbaute, solange sie konsequent die Politik des proletarischen Internationalismus verfolgte, wurde sie von ihren Feinden im Westen glühend gehaßt. Kein Tag verging, daß nicht Presse und Rundfunk der Imperialisten die Sowjetunion in dreckigster Weise verleumdeten und bösartig angriffen.

Erst allmählich, praktisch mit der Usurpierung der politischen Macht in der Sowjetunion durch die Chruschtschowclique, begann sich dieses Verhältnis zu ändern. Schon im Jahre 1956 anläßlich einer Pressekonferenz am 15. Mai erklärte der damalige USA-Außenminister Dulles "... es gibt Anzeichen dafür, daß in der Sowjetunion Kräfte existieren, die einen größeren Liberalismus anstreben; wenn diese Kräfte standhalten, dann werden sie eine grundlegende Veränderung in der Sowjetunion herbeiführen können."

Heute, 11 Jahre danach, ist diese grundlegende Änderung vollzogen. Die Sowjetunion hat aufgehört ein sozialistischer Staat zu sein. In den Industriebetrieben ist das sozialistische Volkseigentum in das Eigentum einer bürgerlich privilegierten Schicht verwandelt worden, und die breiten Massen der Arbeiter und Angestellten wurden zu Lohnsklaven herabgewürdigt. Das lauthals gepriesene "neue System" der revisionistischen Führer im Kreml ist nur ein weiterer Schritt in diese Richtung.

Was hat es mit diesem sogenannten "neuen System" auf sich? Dieses System oder Programm einer allseitigen kapitalistischen Restauration in Industriebetrieben wurde schon unter dem Chruschtschowregime in Angriff genommen. Professor Libermann, ein sowjetischer Wirtschaftsexperte, hatte zwecks Vorbereitung der öffentlichen Meinung, von der revisionistischen Führung gedrängt, in einem "Prawda"-Artikel im September 1962 eine auf "Gewinn" basierende Wirtschaftsreform vorgeschlagen. Weitere Artikel folgten, die den Vorschlag lautstark priesen.

Gegen Ende 1964 beschloss die neue Sowjetführung, das System, das die Markteinheiten ihre Bestellungen direkt bei den Fabriken aufgeben, auf 400 Unternehmen der Leichtindustrie auszudehnen. Anfang 1965 war der Gewinn die wichtigste Norm in der Schwerindustrie und wurde später auf den Kraftwagentransport, Handel, Gaststätten und Lebensmittelbetriebe ausgedehnt. Auf einer Plenartagung des ZK der KPdSU und einer Tagung des Obersten Sowjet im September und Oktober des gleichen Jahres wurden sogenannte "Regeln über die sozialistischen staatlichen Produktionsbetriebe" erlassen und das "neue System" für eine allseitige Restauration des Kapitalismus ausgearbeitet und im ganzen Land in Form von Parteibeschlüssen verbreitet.

Natürlich wurde die Einführung des "neuen Systems" in der Sowjetunion vom Imperialismus freudig begrüßt. Im Frühjahr 1966 wurden die sowjetischen Revisionisten vom "Wall Street Journal" gelobt und eine "Begrüßung des Eintritts in unseren Klub" ausgesprochen. Inzwischen schreitet die Wiedereinführung des Kapitalismus rüstig voran. Waren zu Ende des Jahres 1966 bereits 673 Eisen- und Stahl-, metallurgische, erdölverarbeitende und chemische, Maschinenbau- und andere wichtige Industrieunternehmen sowie auch viele Betriebe des Transportwesens, der Post und des Handels vom "neuen System" erfasst, so sind es zur Zeit schon über 5 500 Fabriken, die nach diesem System arbeiten. Bis Ende des Jahres 1968 soll die Entwicklung auf allen Sektoren der Wirtschaft abgeschlossen sein.

Das Prinzip ist klar: Anstelle der sozialistischen Planwirtschaft wird eine Art freie Marktwirtschaft entwickelt. Das Gewinnstreben wird zum höchsten Prinzip aller wirtschaftlichen Tätigkeit erklärt. Der Rubel hat Vorrang. Und dieses Gewinnstreben, ein absolutes Gesetz des Kapitalismus, wagen die sowjetischen Revisionisten als "Neuschöpfung" zur "Stärkung und Entwicklung des Sozialismus" zu bezeichnen. Kennen sie überhaupt kein Schamgefühl mehr?

Wie wirkt sich das "neue System" nun in der Praxis aus? Es schanzt den Managern, den Leitern der Betriebe Privilegien und eine Machtfülle zu, wie sie nur die Ausbeuter im Kapitalismus besitzen. Es steht in ihrer Macht, die Produktionsmittel und die flüssigen Geldmittel des Betriebes so zu handhaben, wie sie es für nötig erachten; sie können Löhne und die Prämien der Arbeiter und Angestellten nach ihrem Gutdünken festlegen oder verändern; es steht ihnen frei, Arbeiter anzustellen oder zu entlassen und sie zu bestrafen; sie können die Struktur und den Umfang der Belegschaft des Betriebes unabhängig bestimmen.

A. Michailowitsch Paramonow, Direktor des Textilkombinat in Iwanowo, eine der

größten Spinnereien Europas, erklärte: "Ich kann jeden entlassen oder anstellen. Niemand schreibt mir mehr vor, wieviel Arbeiter ich beschäftigen muß. Ich kann den Lohn eines Vorarbeiters erhöhen, und ich kann Prämien gewähren. Ich kann mit meinen Erzeugnissen direkt zum Verbraucher gehen." Und weiter: "Fabrikmanager müssen ihr Geschäft noch einmal von vorn lernen. Wenn wir uns bewähren, werden wir noch mehr Freiheiten bekommen. Im Augenblick heißt die Devise: Verdiene oder verschwinde."

Das Streben nach höchsten Profit, typisch für die kapitalistische Gesellschaftsordnung, hat für die Manager natürlich lukrative Seiten. Arbeiten sie mit Erfolg, werden ihnen Prämien bis zu 35 Prozent ihres Gehaltes zugeschanzt, während die Arbeiter höchstens 4 bis 7 Prozent erhalten. Aber das ist nicht die einzige Möglichkeit für sie, sich persönlich zu bereichern. Unter dem Vorwand "den Betrieb von überflüssigem Personal zu befreien" oder "die Belegschaft zu verringern" werden Massen von Arbeitern entlassen. Der Löwenanteil, der durch solche Verringerung der Belegschaft eingesparten Löhne, fließt als "Extragehalt" in ihre Taschen, während entlassene Arbeiter massenweise von Ort zu Ort wandern, um Arbeit zu suchen und sich einen Lebensunterhalt zu verschaffen.

Von der Entlassung betroffen werden in erster Linie Frauen mit vielen Kindern oder solche, die ein Kind erwarten und vorübergehend arbeitsunfähig waren. In vielen Fabriken werden minderjährige Arbeiter auf Grund des "neuen Systems" intensiv ausgebeutet und zu Arbeiten gezwungen, die ihrer Gesundheit abträglich sind. Arbeiter, die das Glück haben, ihre Stelle zu behalten, fürchten sich ständig vor der Entlassung. Sie werden von der Betriebsleitung gezwungen, "freiwillig" die Arbeit der entlassenen Kollegen mitzuübernehmen.

Die Leitung einiger Betriebe im West-Ural beutet die Arbeiter aus, indem sie ihren gesetzmässigen Urlaub kurzerhand verschiebt oder ganz streicht und die Arbeitszeit verlängert. Der Direktor des Möbelkombinats Izhewsk, T. Lushkow, zwang seine Arbeiter in einem Jahr 3 645 Überstunden zu machen, ohne ihnen dafür eine einzige Kopeke Extralohn zu bezahlen. Diese Beispiele gesteigerter Ausbeutung der sowjetischen Werktätigen durch das "neue System" ließen sich beliebig vermehren, leider reicht der Platz in unserer Zeitung dafür nicht aus.

Behaupteten früher die sowjetischen Revisionisten, wenn Marxisten-Leninisten auf die schleichende Rekapitalisierung in der Sowjetunion, das Entstehen einer neuen bürgerlich privilegierten Schicht von hohen Parteifunktionären, Verwaltungsbeamten und Industriemanagern und ihre offen zutage tretenden Untaten hinwiesen, das seien Einzelerscheinungen, so etwas könne man nicht verallgemeinern und daraus auf das Entstehen einer neuen Klasse schließen, so ist dieses Argument wirkungslos beim sogenannten "neuen System". Dieser verbrecherische Schritt zur völligen Unterminierung der sozialistischen Wirtschaftsbasis, zur gänzlichen Annullierung der Früchte der Oktoberrevolution wird offen und schamlos von der Revisionistenclique im Kreml vollzogen.

Kein Wunder, daß das Lob von seiten des Westens nicht ausbleibt. So schrieb die Illustrierte der "Stern" treffend und eindeutig: "So bescheiden und verspätet die Lockerung der Planwirtschaft kommt - sie ist in Wahrheit eine Revolution. Sie wird das Leben der Russen stärker verändern, als irgendein anderes Ereignis seit Stalins Tod."

Eine Revolution? Eine Konterrevolution, die das ehemals leuchtende Rot des Sowjetstaates in das schmutzige Braun oder das Schwarz einer Diktatur verwandelt.

Doch sie haben die Rechnung ohne den Wirt, die sowjetischen Werktätigen gemacht. Der Widerstand gegen das "neue System" wächst ständig. Die Unterdrükkung und Ausbeutung der sowjetischen Arbeiterklasse durch die sowjetische revisionistische Führung wird den Untergang dieser Clique nur beschleunigen.

R O T E R   M O R G E N

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, 2 Hamburg 71, Carl-Bremer-Ring 19.

Erscheinungsweise vorläufig monatlich. Einzelpreis 20 Pfennig. Jahresbezugspreis 5,-- DM. (Einschließlich Porto).

Postscheckkonto: Hamburg Nr. 2627 67

Verlag Ernst Aust

Zuschriften ohne Rückporto können nicht beantwortet werden.

VERLEUMDER

Es gibt wohl kein Mittel, das die amerikanischen Imperialisten und die modernen Revisionisten unversucht lassen, um die Volksrepublik China zu verleumden. So versandten vor einiger Zeit ihre Handlanger von Kanton aus einen vervielfältigten Brief in englischer Sprache an niederländische Firmen, in dem diesen Verhaltungsmaßregeln beim Besuch der diesjährigen Herbstmesse in Kanton auferlegt wurden. Um ohne Verzögerung ein Visum zu erhalten, sollten sie ein beigefügtes Formular unterzeichnen auf dem es hieß: Große Liebe und große Verehrung für die Chinesische Volksrepublik; Begeisterung für Mao Tse-tung und seine Lehren; Ehrfurcht vor der Großen Kulturellen Revolution sowie Befürwortung der Rückgabe Formosas an die Volksrepublik China.

Daß es sich bei diesem Machwerk um eine plumpe Fälschung handelte, das die normalen Handelsbeziehungen Chinas mit Unternehmern aus der ganzen Welt stören sollte, braucht wohl nicht erst erwähnt zu werden.

IN DER VERKEHRTEN PARTEI

Kurz nach Erscheinen der letzten Ausgabe des "Roten Morgen" klingelte das Telefon: "Alte Dreckeau, wenn ich dich treffe, mach man einen großen Bogen," Kurze Zeit danach teilte ein anderer Anrufer mit, daß es sich bei den in Verbalinjurien so bewanderten um einen gewissen Herrn Bischoff handele. Zwei Tage später um Mitternacht: "Du schlitzäugiges gelbes Chinesenschwein, paß auf, wir machen dich kalt. Frechheit, die Führer der Sowjetunion so zu beschmutzen. Das wird dir teuer zu stehen kommen."

Anrufe ähnlicher Art, angestochene Reifen usw. kenne ich aus der Zeit der Herausgabe von BLINKFÜER in den Jahren 1959-62. Sie lassen mich kalt. Das Telefon läßt sich abstellen. Den Anrufern jedoch möchte ich empfehlen, der Partei beizutreten, die ihrer Mentalität entspricht, der NPD.

Das gleiche gilt auch für jene, die meinen, in Ermangelung besserer Argumente, mich mit dem Amt für Verfassungsschutz in Verbindung bringen zu müssen. Ihre schmierige Gesinnung wird nur noch von ihrer grenzenlosen Blödheit übertroffen.

Ernst Aust

Sie lassen sich etwas einfallen ...

Nicht nur in Vietnam erproben die USA immer neue "Wunderwaffen". Wie die FRANKFURTER RUNDSCHAU meldete, hat das "Institut für Fragen der Verteidigung und inneren Ordnung" der USA eine Reihe makabrer Einfälle für die "Heimatfront" publiziert: "In einer Analyse ... haben die Experten vorgeschlagen, die Polizei solle klebrige Schnur oder leimbedeckte Bänder über die Köpfe der Demonstranten hinwegschießen, um diese bewegungsunfähig zu machen. Außerdem könnten von Hubschraubern große Netze abgeworfen werden. Weitere Vorschläge sehen die Verwendung von Schaum oder Juckpulver sowie den Einsatz von Pfeilen ... mit Beruhigungsmitteln vor, wie sie bereits im Zoo bei der Behandlung von angriffslustigen Tieren verwendet werden."

Auch die Gedankenblitze der westdeutschen "Experten" für Konterrevolution bewegen sich vornehmlich im Bereich der Viehhaltung - ein Beweis für die vielgepriesene Tierliebe der Deutschen! So soll etwa ein Stab Verwendung finden, mit dem elektrische Schläge ausgeteilt werden können. "Die Stärke des Stromstoßes verglich der Sprecher des Ministeriums mit der, wie sie bei der Umzäunung von Viehweiden verwendet werde ..." (FRANKFURTER RUNDSCHAU, 8. September). Vorgeschlagen wurde weiter, daß die Bereitschaftspolizei Spraydosen mit Tränengas erhalten soll. Der Sprecher des hessischen Innenministeriums teilte dazu mit, beide Vorschläge seien "von der Industrie aus an die Polizei herangetragen worden".

Handgranaten sollen indessen, wie Innenminister Lücke gönnerhaft versicherte, "nur im Notfall" zum Einsatz kommen, "zum Beispiel bei der Abwehr eines drohenden Angriffs auf die freiheitlich demokratische Grundordnung". Für diesen "Ernstfall" stehen der Bereitschaftspolizei auch Granatwerfer und Maschinengewehre zur Verfügung. Der Hamburger Innensenator Ruhnau möchte überdies seine Polizei noch durch Einheiten der Bundeswehr "verstärkt" sehen. In der Tat wurden ja bereits beim Fallex - Manöver im Oktober 1966 die Bekämpfung von "Aufrührern" und die "Niederschlagung kommunistisch inspirierter Unruhen im Raum Wolfsburg" geprobt.

Panzerverbände der Bundeswehr übten, wie man im "Ernstfall" eine versperrte Strasse "freischießt". Einheiten des "Bundesgrenzschutzes" probten die "Zerschlagung eines illegalen Streiks" und die Anlage von Konzentrationslagern.

An Phantasie fehlt es den Klassenfeinden nicht! - Sie lassen sich schon etwas einfallen, um ihre wackelnde Herrschaft abzustützen!

"'Einen Stein aufheben, und ihn dann sich selbst auf den Fuß fallen lassen' das ist ein chinesischer Ausdruck für das Verhalten gewisser Trottel. Die Reaktionäre aller Länder sind Trottel von dieser Machart. Sie wollen die Revolution unterdrücken, aber letzten Endes führt das nur dazu, daß sich die Revolution breiter und tiefer entfaltet ..."

Mao Tse-tung

UNIVERSITÄTSBÜROKRATIE PROBT DEN NOTSTAND

Mit einer Fülle repressiver Maßnahmen hat die westdeutsche Universitätsbürokratie das Wintersemester 1967/68 eingeleitet. Hauptziel ist es, durch die Doppeltaktik von Zuckerbrot und Peitsche die Studentenschaft zu spalten; oppositionelle Studentengruppen lahm zu legen und so die Studentenbewegung "in den Griff" zu bekommen.

Das markanteste Ereignis der Repressionswelle ist der Ausschluß des SDS von der Universität Frankfurt. Mit diesem Schritt hat sich die Universitätsbürokratie einen unübersehbaren Präzedenzfall geschaffen: ebenso wie heute in Frankfurt kann morgen auch an jeder anderen westdeutschen Universität unter Berufung auf das "Hausrecht" die Tätigkeit opponierender Studentengruppen abgewürgt werden.

In Hamburg wurden am Tag der Rektoratsübergabe fünf Mitglieder des SDS unter Berufung auf das "Hausrecht" am Betreten des Audimax gehindert, obwohl sie im Besitz von Eintrittskarten waren. Ein weiterer Student wurde im Foyer von ziviler Polizei niedergeschlagen, als er sich weigerte, seine Aktentasche durchsuchen zu lassen. Ein siebenter schließlich wurde beim Betreten des Audimax festgenommen und für die Dauer der Feier in einem Keller eingesperrt.

Der Sinn derartiger Repressionsmaßnahmen ist klar: das Recht des Studenten auf politische Betätigung im Rahmen seiner Universität wird zur bloßen "Gnade" der Universitätsbürokratie degradiert, das dementsprechend jederzeit ohne Angabe von Gründen einseitig aufgekündet werden kann. In Hamburg hat es der scheidende Rektor Schäfer frei heraus gesagt: "Die Universität ist nicht Teil der politischen Demokratie."

Dafür einige weitere Beispiele:
In Hamburg kam es am 9. November während der Amtseinführung des neuen Rektors Ehrlicher zu lauten Protesten der anwesenden Studenten. In der Folge setzte die Universitätsbürokratie die beiden studentischen Vertreter im Akademischen Senat unter Druck, um von diesen eine Entschuldigung zu erzwingen. Als diese sich beharrlich weigerten, erfolgte ihr Ausschluß von den Sitzungen des Akademischen Senats.

In Frankfurt unterbrachen Studenten eine Vorlesung des Ministers Carlo Schmidt, um von ihm eine Stellungnahme zur Notstandsgesetzgebung zu hören. Andere Studenten kamen mit dem Anti-Notstandsmanifest der Hochschulen zu Carlo Schmidt aufs Podium und erbaten seine Unterschrift. Der Rektor der Universität bezichtigte auf Grund dieser Vorfälle den SDS der "Einübung faschistischer Terrormethoden". Verschiedene Mitglieder des SDS erhielten auch hier "Hausverbot". Wenige Tage später wurde dem SDS generell jede politische Betätigung an der Universität auf unbestimmte Zeit untersagt.

Der SDS erhält seit seinem Ausschluß aus der SPD die an alle Studentenvereinigungen gleichmässig verteilten Gelder aus dem Fond für Politische Bildung nach einem besonderen Modus, der den SDS in dieser Frage seit je stark der staatlichen Willkür aussetzte. So wurden etwa in Westberlin dem SDS die staatlichen Beihilfen kurzerhand gestrichen. Nach dem selben Schema soll jetzt auch der Hamburger SDS der Gelder für Politische Bildung beraubt werden.

In Westberlin steht der Student Fritz Teufel vor Gericht. Teufel ist der "Rädelsführerei" angeklagt, weil er während der Polizeiausschreitungen vom 2. Juni das Wort "Notstandsübung" gerufen haben soll. Ferner soll Teufel einen Stein geworfen haben. Unabhängig vom Urteilsspruch mußte der Student bis vor wenigen Tagen bereits nahezu ein halbes Jahr in "Untersuchungshaft" verbringen.

Ebenso wird jetzt offenbar ein Verfahren gegen den Studenten Rudi Dutschke vorbereitet. Er wird des "Landfriedensbruchs" beschuldigt, weil er zusammen mit anderen Studenten während einer Demonstration eine Polizeibarriere beseite drückte.

Man sieht: noch geht es in erster Linie gegen den SDS. Eigentliches Ziel aber ist, die Studenten in ihrer Gesamtheit der diktatorisch herrschenden Obrigkeit willfährig zu machen.

me

Wieder ne' naue Partei

Was will sie, die neue Partei, die sich am Mittwoch, dem 22.11.67, in Stuttgart unter dem Namen "Demokratische Linke" (DL) formierte? Nach den Worten ihres Vorsitzenden, des Genossen Eugen Eberle, betrachtet sie es als ihre "geschichtliche Aufgabe, das Lager links von der SPD auszufüllen". Man will wieder mal sammeln.

Verständlich, daß einige Herren der DFU im Landesvorstand Baden-Württemberg sauer waren. Das alles wollten sie doch auch. Auch in den Zielen unterschied man sich nicht: Für eine neue Außen- und Innenpolitik, Kampf gegen die Notstandsgesetze, Anerkennung der DDR und der in Europa bestehenden Grenzen, Vollbeschäftigung, Kürzung der Militärausgaben usw.

Warum also die neue Partei? Die Entwicklung der letzten Jahre hatte gezeigt, daß die Arbeiter nicht daran dachten, den Pfarrer, "Friedensfreund", Intellektuellen der DFU ihre Stimme zu geben. Es war ihnen nicht - wie gewünscht - möglich, in Hochwürden einen Vertreter ihrer Klasseninteressen zu erblicken. Selbst alte KPD-Genossen meuterten wider die verbindliche Anweisung, den Wahlkampf der DFU zu unterstützen. Die Gefahr wuchs, daß sich mit der ständig sich verschärfenden Unterdrückung und Ausbeutung durch die Monopolbourgeoisie unzufriedende Arbeiter der kräftig die Trommel rührenden offen faschistischen NPD zuwenden würden.

Die Überlegung war also die: Wenn die Arbeiter schon nicht der DFU ihre Stimme geben, vielleicht geben sie sie dann der "Demokratischen Linken". Die Arbeiter, die Massen des Volkes werden ihnen was husten. Und warum? Nachdrücklich betonte Eberle, daß die neue DL keine Weltanschauungspartei sei, keine dem Sozialismus verschriebene Kampftruppe. Zwar sei man ein bischen gegen die "Macht der Konzerne", die Abs und Flicks,und er nickte bedächtig, wenn man die DL als Ansatz zu einer Volksfront bezeichnete.

"Will man die Revolution, dann muß man eine revolutionäre Partei haben. Ohne eine revolutionäre Partei, die gemäß der revolutionären Theorie und dem revolutionären Stil des Marxismus-Leninismus aufgebaut ist, ist es unmöglich, die Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen zum Sieg über den Imperialismus und seine Lakaien zu führen."

Mao Tse-tung

Volksfront? Wo leben sie eigentlich? Haben sie sich schon soweit vom Denken und Fühlen der Massen entfernt? Hat man die Tour zuerst mit der Gründung des BdD (Bund der Deutschen), später mit der DFU nicht bereits zweimal vergeblich durchexerziert? Meint man, eine angerötete DL würde es schaffen? Abgesehen davon, daß jedem Marxisten-Leninisten klar ist, daß durch Wahlen keine Gesellschaftsordnung verändert werden kann, wenn sie schon etwas hätten gründen wollen, so wäre es gerade das gewesen, was sie ablehnen: Eine dem Sozialismus verschriebene Kampfpartei. Solch eine Partei würde notwendigerweise zum Kristallisationspunkt der fortschrittlichen Kräfte unseres Volkes werden. Wer den Werktätigen erzählt, die Verhinderung der Notstandsgesetze, die Einschränkung der Rüstungsausgaben, Beiträge zur Entspannung usw. würden ihnen "Sicherheit" bringen, betrügt sie. Sicherheit, Freiheit und Frieden wird unser Volk nur erringen, wenn es anstelle der Diktatur der Monopolbourgeoisie die Herrschaft des Volkes errichtet.

Liebe Freunde, Genossinnen und Genossen!

Mancher, der nur auf den engen Bereich der eigenen kleinen Welt schaut, mag manchmal angesichts der Schwierigkeiten verzweifeln. Doch denken wir daran, was Vorsitzender Mao sagte: "Wir befinden uns jetzt in einer neuen großen Ära der Weltrevolution. Der revolutionäre Sturm in Asien, Afrika und Lateinamerika wird der gesamten alten Welt einen entscheidenden und vernichtenden Schlag versetzen. Erinnern wir uns an diese Worte, wenn wir im Jahre 1968 - zu dem die Redaktion des ROTEN MORGEN allen Lesern das Beste wünscht - den begonnenen Kampf mit doppelter Kraft fortsetzen. Stärken wir die Reihen der Marxisten-Leninisten, und heben wir das rote Banner für ein einiges, freies und sozialistisches Deutschland!